

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 20.01.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Mitglieder

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Fritz Bosse - CDU

Vertretung für: Herrn Peter Edelmann

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Björn Hinrichs - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann - Piratenpartei

Herr Jürgen Wendt - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Gregor Dreischhoff - CDU

Herr Jörg Matthes - CDU

Frau Barbara Räder - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benschmidt - Verwaltung

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Herr Thomas Schulze – Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

entschuldigt

Herr Peter Edelmann - CDU

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr William Labitzke - SPD

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2015
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Verkehrssituation Bundesallee 15-01291
 - 3.2 Ringgleis-Logo 15-01341
 - 3.3 Förderung von Maßnahmen an Baudenkmalen in privatem oder kirchlichem Eigentum 15-01380
 - 3.4 Sanierung der Altlast Breite Str. 16/Gördelingerstr. 18 15-00867
 - 3.5 Lärmschutz an der Eisenbahnbrücke über den Brodweg 16-01437
- 4 Südliches Ringgleis, Rangier- und Hauptgüterbahnhof
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss 15-00375
 - 4.1 Südliches Ringgleis, Rangier- und Hauptgüterbahnhof
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss 15-00375-01
- 5 Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündigungssperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen 16-01403
- 6 Stellungnahme der Stadt Braunschweig zur Änderung des Landesraumordnungsprogrammes (LROP) 16-01406
- 7 Anträge
- 8 Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- | | | |
|----|---|----------|
| 9 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung | |
| 10 | Sanierung Altlast Breite Str. 16/Gördelingerstr. 18 | 15-00958 |
| 11 | Mitteilungen | |
| 12 | Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsherr Herlitschke eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2015

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Verkehrssituation Bundesallee 15-01291

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2. Ringgleis-Logo 15-01341

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3. Förderung von Maßnahmen an Baudenkmalen in privatem oder kirchlichem Eigentum 15-01380

Ratsfrau Ohnesorge regt an, dass die Förderung einkommensabhängig gewährt werden sollte. Herr Hornung erläutert, dass für die Gewährung der Zuschüsse eine projektbezogene Betrachtung erfolge.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Plinke teilt Herr Hornung mit, dass seit 2002 ca. 10. Mio. € private Investitionen im Bereich der Denkmalpflege getätigt worden seien. Dafür seien ca. 1. Mio. € Fördermittel bewilligt worden.

Herr Hornung informiert, dass nur der denkmalbedingte Mehraufwand berücksichtigt werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4. Sanierung der Altlast Breite Str. 16/Gördelingerstr. 18 15-00867

Auf Frage von Ratsfrau Palm teilt Herr Warnecke mit, dass eine Brachfläche im Sinne der Förderrichtlinie vorliege, wenn nach der Sanierung eine städtebaulich höherwertige Nutzung ermöglicht werde.

Ratsherr Schicke-Uffmann fragt nach der Dauer der Maßnahme. Frau Costabel teilt mit, dass bei der Bodenluftsanierung mit einer Dauer von drei Jahren gerechnet werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5. Lärmschutz an der Eisenbahnbrücke über den Brodweg

16-01437

Ratsherr Dr. Plinke bittet darum, die Mitteilung auch dem Stadtbezirksrat 132 Viewegsgarten-Bebelhof zuzuleiten.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 3.6

Mündliche Mitteilungen:

Stadtbaurat Leuer informiert über das Bebauungsplanverfahren SB-Markt Timmerlah, TI 30. Es sei geplant, bis Ende Februar 2016 drei Bäume zu fällen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des geplanten SB-Marktes und der damit verbundenen Straßenumbaumaßnahmen stünden. Der Zeitpunkt der Fällungen berücksichtige die Brutzeit der Vögel ab Anfang März 2016. Stadtbaurat Leuer teilt weiter mit, dass der Auslegungsbeschluss des Bebauungsplanes voraussichtlich im Mai 2016 im Planungs- und Umweltausschuss beraten werden solle.

Ratsherr Herlitschke informiert, dass die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 08. Juni 2016 erst um 16:00 Uhr beginnen solle. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

4. Südliches Ringgleis, Rangier- und Hauptgüterbahnhof Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss

15-00375

Beschluss:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 15-00375-01.

4.1. Südliches Ringgleis, Rangier- und Hauptgüterbahnhof Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss

15-00375-01

Auf Frage von Ratsfrau Palm teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass der Lok-Park Bestandschutz habe.

Bürgermitglied Räder regt eine stärkere Berücksichtigung der Aspekte von Natur und Landschaft an.

Beschluss:

„Für das in der Anlage bezeichnete Stadtgebiet wird eine Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündigungs-sperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen

16-01403

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage.

Ratsfrau Ohnesorge begrüßt die Einführung einer Mietpreisbremse.

Ratsherr Manlik kritisiert, dass bei der durchgeführten Analyse kleine Gemeinden des Flächenlandes Niedersachsen mit Großstädten wie Braunschweig verglichen würden. Ratsherr Manlik macht außerdem darauf aufmerksam, dass durch die Einführung der Mietpreisbremse in erhöhtem Maße Rechtsmittelverfahren zu erwarten seien.

Ratsherr Herlitschke befürwortet die Einführung einer Mietpreisbremse und erklärt, dass hinsichtlich der Bestandsmieten zurzeit zwar keine Erhöhungen zu erwarten seien. Im Bereich der Angebotsmieten sei jedoch eine Mietpreiserhöhung erkennbar, was langfristig auch zu einer Anpassung des Mietspiegels führe.

Ratsherr Hinrichs teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werde. Aus Sicht von Ratsherrn Hinrichs sei zu erwarten, dass insbesondere private Vermieter unmittelbar vor Inkrafttreten der Mietpreisbremse die Mieten nochmal erhöhen würden. Ratsherr Hinrichs weist außerdem darauf hin, dass keine Notwendigkeit für die Einführung einer Mietpreisbremse bestehe, da für das Gebiet der Stadt Braunschweig ein Mietspiegel existiere.

Ratsfrau Palm befürwortet die Einführung einer Mietpreisbremse und macht darauf aufmerksam, dass der Wohnungsmarkt zur Daseinsvorsorge gehöre.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Stadt unabhängig von der Einführung einer Mietpreisbremse weiterhin Wohnraum schaffe werde. Stadtbaurat Leuer verweist hierzu auf die erhebliche Anzahl von Wohneinheiten, die in den vergangenen Jahren durch die Schaffung von Planungsrecht bereits realisiert worden seien bzw. zukünftig noch realisiert würden.

Auf Frage von Ratsherrn Kühn teilt die Verwaltung mit, dass die Verordnung zur Mietpreisbremse voraussichtlich im Sommer 2016 in Kraft treten solle.

Beschluss:

„Dem geplanten Erlass einer mietrechtlichen Verordnung durch das Land Niedersachsen werden keine Einwände entgegengebracht.

Damit wird für das Gebiet der Stadt Braunschweig für die Dauer von fünf Jahren die Mietpreisbremse, die Kappungsgrenzenverordnung und die Kündigungssperrfristverordnung eingeführt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltung: 1

6. Stellungnahme der Stadt Braunschweig zur Änderung des Landesraumordnungsprogrammes (LROP)

16-01406

Ratsherr Schicke-Uffmann macht darauf aufmerksam, dass der seinerzeitige Ratsbeschluss nicht korrekt wiedergegeben worden sei, da in der Stellungnahme auf Seite 6 im zweiten Absatz vor dem fettgedruckten Wort „Energiezwecke“ das Wort „als“ fehle.

Die Verwaltung sagt eine Berichtigung zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu.

Beschluss:

„Der in der Anlage 1 aufgeführten Stellungnahme wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Anträge

8. Anfragen

8.1

Mündliche Anfragen:

Mündlich Frage von Ratsfrau Palm:

Ratsfrau Palm bittet um einen Aussage, wann der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Warnekamp erfolge.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Aussage für das Sitzungsprotokoll zu.

Protokollnotiz:

Der Satzungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Warnekamp“, RH 59, Stadtgebiet zwischen Warnekamp, Sportplatz, neuer Grundschule und der Straße Am Schwarzen Berge soll voraussichtlich in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 02.03.2016 beraten werden.

Mündliche Frage von Ratsherrn Hinrichs:

Ratsherr Hinrichs fragt, wann die nächsten Maßnahmen für das Baugebiet Stöckheim-Süd zu erwarten seien.

Herr Warnecke teilt mit, dass sich der Bebauungsplanentwurf in der Feinabstimmung befinde und der Auslegungsbeschluss Mitte des Jahres 2016 im Planungs- und Umweltausschuss beraten werden solle.

Mündliche Frage von Ratsherrn Wendt:

Ratsherr Wendt bittet um eine Erklärung, warum der Ausbau der Querumer Straße erneut verschoben werden solle.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass einerseits die Straßenbahntrasse bis zur endgültigen Festlegung des Stadtbahnausbaukonzepts freigehalten werden solle. Darüber hinaus sei der Ausbau auch abhängig von den geplanten Maßnahmen der Leitungsträger und der Priorität aller geplanten Straßenbaumaßnahmen.

Mündliche Frage von Ratsherrn Kühn:

Ratsherr Kühn fragt nach dem Sachstand für den Bebauungsplan HDL-Kaserne.

Stadtbaurat Leuer teilt mit, dass der Bebauungsplan in einen Wohn- und Gewerbebereich unterteilt werde. Das Bebauungsplanverfahren solle zügig durchgeführt werden, hänge je doch auch vom Investor ab.

Herlitschke
Vorsitzender

Leuer
Stadtbaurat

Schulze
Protokollführung